

Der Kreishaushalt des Landkreises Miltenberg 2017
Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler
Dr. Hans Jürgen Fahn, Fraktionsvorsitzender

Beginnen wir mit einem herzlichen Dank an unseren Kämmerer Steffen Krämer, der ruhig und sachlich uns für viele Nachfragen zur Verfügung stand und innerhalb von einigen Monaten nicht nur den Haushalt 2017 aufstellte, sondern auch noch geräuschlos den Nachtragshaushalt 2016 abwickelte. Herr Krämer: Eigentlich haben Sie es schwer. „ Sie sind eine seltsame Personalunion von Milchkuh, Hamster und Kettenhund des Landrats; aber auf der anderen Seite hat der franz. Dichter Balzac recht, der meinte: “Der Haushalt ist kein Geldschrank, er gleicht vielmehr einer Bewässerungsanlage. Je mehr Wasser diese gibt, desto besser gedeiht das bewässerte Land“. Und hier können Sie gestalten.

Mein Dank gilt auch den Fraktionen, die uns im letzten Jahr zusammen mit dem Landrat unterstützt haben.

Gleich zu Beginn: Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt zu

- **Wir haben die niedrigste Kreisumlage in Bayern und sind damit kommunalfreundlich**
- **Wir wollen die Bildungsregion Lkrs. Miltenberg voranbringen und vergessen die Jugend nicht**
- **Wir investieren kräftig und bauen gleichzeitig die Schulden ab**
- **Wir haben ein bürgerfreundliches Müllkonzept entwickelt**
- **Wir haben die Kreispolitik maßgeblich mitgestaltet und stimmen daher dem Haushalt geschlossen zu**

1. Die Entwicklung der Kreisumlage ist positiv für die Gemeinden

Die Höhe der Kreisumlage ist für viele Kommunalpolitiker oder auch Bürger der Schlüssel zur Beurteilung der Kommunalfreundlichkeit des Landkreises. In der Ära Schwing/Straub war es immer wichtig, die Kreisumlage stabil zu halten bzw. leicht zu erhöhen und Anträge der Freien Wähler auf Senkung der Kreisumlage wurden immer von Schwing und Straub abgeschmettert mit dem Satz " Sie sind hier Kreisräte und haben die Interessen des Landkreises zu vertreten. 2002 waren wir bei 41,3%; sie stieg dann auf 46% bis zum Jahre 2013 an, bis dann Schwing in den letzten Monaten seiner Amtszeit stärker an die Kommunen dachte und dann wurde die Kreisumlage um 3% gesenkt. Vorher wäre dies utopisch gewesen. Die folgenden Jahren wurde sie weiter gesenkt 2015 und 2016 um insgesamt 4% gesenkt und 2017 soll sie noch einmal um 1% auf 38 % sinken. Das erreicht in Unterfranken und in Bayern kaum ein Landkreis. Das nennt man kommunalfreundliche Haushaltspolitik des Landkreises. Schauen wir mal das Werbeblättchen „Schwarz auf weiß“ der CSU an. Da steht auf der Seite 1: "Kreisumlage: der Landkreis musste zurückzahlen". Dies ist sachlich genauso falsch wie der Satz „Der Landkreis hat auch nach der von der CSU durchgesetzten Verringerung der Kreisumlage....“ Meine Damen und Herren von der CSU. Sie haben hier im Kreistag 23 von 60 Sitzen, sind Opposition und können zunächst gar nichts durchsetzen. Durchgesetzt hat dies der Landrat mit seiner Mehrheit und sie haben mitgestimmt. Trotzdem Danke für Ihre Anregungen. Der Landrat hat im Dezember 2015 auf einen entsprechenden Antrag der CSU Klartext geredet und gesagt ,dass im Herbst 2016 der Kämmerer dies im Rahmen der Haushaltsabwicklung prüfe (nach Art. 62 LKrsO). Dies wurde getan, mit den Fraktionen in Abwesenheit der CSU am 28.9. besprochen und dann umgesetzt. **Kurz gesagt: Mehr Erstattungen und weniger Flüchtlinge.** Dass die Zahl der

Flüchtlinge zurückgeht, konnte man vorher nicht ahnen, und deshalb war es klug und richtig, dass unser Kämmerer nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht handelte und u.a. höhere Personalkosten kalkulierte. Daher war auch die Überschrift in der PM der CSU „Senkung der Kreisumlage längst überfällig“ in dieser Form falsch, weil sie genau zur richtigen Zeit umgesetzt wurde, als konkrete Zahlen auf dem Tisch lagen. Nachdem wir 2017 trotzdem die Schulden noch auf 25 Mio. € zurückdrehen können, 2017 keine Nettoneuverschuldung geplant ist und auch 2018 die Umlagekraft und die Einnahmen weiter steigen, ist die weitere Senkung der Kreisumlage richtig. Sie tut den Gemeinden gut und schadet dem Landkreis nicht. Jetzt sind wir also bei 38%. Bedenken Sie: Die Umlagekraft der Kommunen im Landkreis ist von 92,2 Mio. € im Jahre 2012 auf 122,7 Mio. € gestiegen, die Kreisumlage hingegen hat sich im gleichen Zeitraum von immerhin 42,4 Mio. € auf gerade mal 46,6 Mio. € erhöht. Der Landkreis ist also kommunalfreundlich, aber wissen auch genau: Landkreis und Kommunen sitzen in einem Boot und wir glauben, wir ziehen inzwischen an einem Strang und rudern gemeinsam in die richtige Richtung im Sinne aller 32 Gemeinden und des Landkreises. **Glauben Sie mir: Ich bin jetzt 27 Jahre im Kreistag, aber so kommunalfreundlich wie unter Landrat Scherf war der Landkreis noch nie.** Für uns Freie Wähler ist es auch weiterhin wichtig, dass die Kreisumlage in Zukunft immer so bleibt, dass die Kommunen damit mittel- und langfristig kalkulieren können.

3

2. Weitere positive Zahlen

- Wir haben nahezu Vollbeschäftigung und daher heuer und auch in den nächsten Jahren (mind.2018) eine hohe Einkommens- und Umsatzsteuerbeteiligung und heuer auch die höchste Umlagekraft aller Zeiten

- Wir haben die Schulden drastisch reduziert: 2006 in der Ära Schwing waren es noch 55,2 Mio. €, 2017 nur 24,4 Mio. €. Natürlich gehen dadurch auch die Darlehenszinsen zurück; 2017 sind es nur 810000 € , auch eine Folge der Zinspolitik der EZB: 2008 mussten wir noch 4,5% an Zinsen zahlen, heute nur noch 0,4%. Unglaublich, aber wahr.
- Wir haben ein ambitioniertes Investitionsprogramm mit über 17 Mio. €, so viel wie noch nie (2016 waren es nur 16,5 Mio. €)

3. Die Rahmenbedingungen vom „von oben“ könnten noch besser sein

(1) FAG Mittel könnten höher sein

Die Steuereinnahmen sind sehr hoch und daher wäre es möglich gewesen, die FAG-Mittel für die Kommunen noch stärker zu erhöhen. Sinnvoll wäre auch, eine Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund auf 15%, was die kommunalen Spitzenverbände schon seit Jahren fordern (Bayern hat mit 12,75% die niedrigste Quote bundesweit).

(2) Der Anstieg der Bezirksumlage belastet auch den Landkreis noch zu stark

Warum wurde die Bezirksumlage erhöht ? Es geht um die Kosten für die jungen volljährigen Flüchtlinge. Und hier steht der Freistaat in der Pflicht. Die zu zahlenden Beträge liegen bei 120 €/Tag für jeden Flüchtling. In allen anderen Bundesländern werden die entsprechenden Kosten komplett vom Staat übernommen; bei uns übernimmt der Freistaat nur ein Drittel; und dadurch werden die Bezirke und damit die Landkreise belastet.

(3) Im Bereich Asyl bleiben der Landkreis und die Kommunen auf den Personalkosten sitzen

Wir haben im letzten Jahr fraktionsübergreifend und auch einstimmig eine Resolution zur Übernahme der Personalkosten im Bereich Asyl durch den Freistaat und den Bund auf den Weg gebracht, und damit argumentiert, dass der Landkreis dadurch 1,4 Mio. € mehr Personalkosten aufbringen müsse. D

Leider rühmt sich die Bayer. Staatsregierung immer, im Bereich Asyl extrem kommunalfreundlich zu sein. Dies stimmt nur bei der Erstattung der Sachkosten. Bei den Personalkosten bleiben die Landkreise auf ihren Kosten sitzen. Dies ist nicht kommunalfreundlich insbesondere, da die Unterbringung von Asylbewerber eine staatliche Aufgabe ist

Wenn Abgeordnete der Regierungspartei jetzt Pressemeldungen in die Welt setzen mit der Überschrift „Freistaat unterstützt Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen mit umfangreichen Erstattungsleistungen“, so ist das eine Selbstverständlichkeit, weil dies eine Staatsaufgabe ist. Die Kommunen und vor allem die vielen ehrenamtlichen Helfer haben in der Vergangenheit und auch heute noch hervorragende Arbeit geleistet. Herzlichen Dank von unserer Seite.

(4) Und natürlich können wir auch mal fragen, ob die Personalkosten für die **Jugendsozialarbeit an Schulen**, die inzwischen alle loben, in Zukunft vom Freistaat übernommen werden kann. Denn für die Kosten für das Personal an Schulen zahlt ja sonst auch der Freistaat. Derzeit zahlen Freistaat, Landkreis und Kommunen jeweils 1/3! Wir meinen: Hier brauchen wir neue Förderrichtlinien und die komplette Übernahme der Kosten für diese hervorragende Bildungsarbeit durch den Freistaat.

Fazit: Unsere Kreisumlage könnte noch viel niedriger sein, wenn der Freistaat noch kommunalfreundlicher wäre.

Weitere Beispiele, wo stärkere Hilfe aus München angesagt ist:

Beispiel 1: Wir sind eine Bildungsregion und es kann nicht sein, dass die besten Lehrer nicht bei uns bleiben dürfen. Uns nützen **keine Beruhigungspillen eines Kultus- oder eines Justizministers, die bestätigen, dass formal die Lehrerversorgung kurzfristig gesichert ist, nach dem Motto: In jeder Klasse steht ein Lehrer.** Sechs Punkte belegen den großen Nachholbedarf :

- Massive Fluktuation der Lehrkräfte (jedes Jahr wird ein Viertel der Lehrer ausgetauscht); Jedes Jahr ca. 150 Versetzungsanträge von Lehrern aus dem Schulamt MIL, die heimatnah in den Haßbergen, Schweinfurt oder Kitzingen unterrichten wollen. Hier brauchen wir noch genauere Zahlen ,
- Überproportionale Zahl von Einjahresverträgen im Vergleich zu den anderen Schulämtern in Unterfranken (bitte genaue Zahl vorlegen)
- „Flucht von Junglehrern in Nachbarbundesländer (v.a. Hessen); dies ist auch ein Kostenfaktor (Ausbildung in Bayern!)- Ein Fall für den Bayer. Rechnungshof !!?
- Lehrkräfte erfahren zu spät (Mitte oder gar Ende August), wo ihr Einsatzort sein wird (Folge: Sie wählen lieber vorher Mitte August einen Einsatzort in Hessen, bevor sie Oberbayern müssen)
- Weil Personal fehlt, müssen andere Lehrer aus Unterfranken die Lücken stopfen, verlassen aber oft nach einem Jahr wieder die Schule am Untermain. Folge:

Fehlen einer langfristigen Schulentwicklung (Lehrer, die permanent vom Wohn- zum Einsatzort fahren, lassen sich kaum als Multiplikator einsetzen)

- Der Lehrer oder die Lehrerin ist in der Regel auch eine sehr wichtige Person im Ort, sie kennen die örtlichen Gegebenheiten, sei es die Ortsgeschichte bzw. die Kultur- und Vereinsgeschichte. Junge auswärtige Lehrkräfte ohne die Perspektive hier in der Region zu bleiben, werden diese wichtige Funktion nicht mehr ausüben.

Fast 3000 Bürger vom Untermain haben eine Petition im Landtag eingereicht, die in Kürze behandelt wird.

Beispiel 2: Wir brauchen eine staatliche Unterstützung für kommunaler Schwimmbäder und zwar genauso, wie es über 1000 Bürger aus Mönchberg und viele andere Bürger, die eine entsprechende Liste auf Initiative der SPD unterschrieben haben. Es geht um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die die Bürger 2013 auch in die Bayer. Verfassung gebracht haben. Wir hoffen dass die entsprechende Enquete Kommission bei ihrer Landkreisfahrt auch solche aktuelle Themen, die die Bürger betreffen, auf der Agenda hat. Uns liegt ja die Tagesordnung vor; man kann diese auch ändern. Die entsprechende Petition wird noch einmal in einigen Wochen im Landtag in namentlicher Abstimmung behandelt.

7

(4) Positive Zukunftsaussichten des Kreishaushalts und der Kreispolitik

- **Bereich Jugend und Bildung**

Der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang junger Menschen erfordert nicht weniger, sondern mehr Engagement und mehr Investitionen in Kinder und Jugendliche. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass der Kreisjugendring jetzt eine hauptamtliche

Verwaltungskraft bekommt. Hier geht es u.a. um eine bessere Unterstützung und Vernetzung der Jugendverbände im Landkreis. Die Jugendhilfeplanung hat jetzt Fahrt aufgenommen und bearbeitet in Zukunft drei Themen, nämlich Partizipation leben, den Landkreis zukunftsfähig gestalten und die Bildung in der Region stärken. Positiv ist, dass der Landkreis noch im Frühjahr 2017 auch offiziell eine Bildungsregion wird. Ein Leitmotiv wird hier sein: „Niemand darf verloren gehen“. Wir müssen junge Menschen in besonderen Lebenslagen (Stichwort: Integration, Inklusion) besonders fördern, aber wir dürfen auch nicht die besonders Begabten vergessen, die eine besondere Förderung benötigen. Meine Damen und Herren: Es geht um die Zukunft der Demokratie in Zeiten des Populismus. Heute meinen manche Parteien, für schwierige Themen eine einfache populistische Antwort zu besitzen. Hier müssen wir entgegenwirken und durch stärkere politische Bildung oder mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche (z.B. Jugendforen, Jugendparlamente) oder mehr direkte Demokratie diesen Trend umkehren. Und hier kann der Landkreis im Rahmen der Umsetzung der Bildungsregion konkrete Zeichen setzen.

- **Integration**

Ob Integration misslingt oder gelingt, entscheidet sich nicht am Schreibtisch eines Ministeriums in München, sondern in den Kommunen vor Ort im Landkreis Miltenberg. Daher war es gut und richtig, im Landkreis Miltenberg einen Integrationsbeirat einzurichten, der den Dialog zwischen den verschiedenen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Der Antrag der Freien Wähler das Projekt Elterntalk einzurichten (das ist eine Gesprächsrunde mit Moderatoren zu allgemeinen

Erziehungsfragen wurde im Jugendhilfeausschuss einstimmig angenommen und wird ab 1.1.2017 in Verbindung mit dem Verein Frauen für Frauen umgesetzt. **Der Verein Frauen für Frauen aus Erlenbach leistet im Bereich der Integration vorbildliche Arbeit, nicht nur durch die vielen Sprachvermittlerkurse.**

Was waren das für viele Diskussionen , bevor die **Ehrenamtskarte** eingeführt wurde, auch im Kreistag, wo immer fälschlicherweise suggeriert wurde, die Ehrenamtskarte sei ein Auslöser für ein ehrenamtliches Engagement. Nein, natürlich Nein, die Ehrenamtskarte ist das Sahnehäubchen für diejenigen, die sich schon seit Jahren engagieren. **Frank Walter Steinmeier sagte gestern in Berlin: „Was ist eigentlich der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält ?“ Wir antworten: Der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält ist das Ehrenamt und das müssen wir hegen und pflegen.**

Ein weiteres Stichwort: **Unser Landkreis ist fair und regional.** Dieses Prädikat ist einmalig in Bayern und wir sollten das auch noch in den Kommunen wie in Mömlingen und Schulen wie in Miltenberg ausbauen. Der faire Handel hilft den Betroffenen vor Ort und trägt auch dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen. Und natürlich sind wir froh über den **neuen Wertstoffhof in Bürgstadt und den neuen mittelständischen Müllabfuhrunternehmer.** Ansonsten haben wir im letzten Jahr erreicht, dass der Müll nicht kommunalisiert wurde und unser bewährtes Müllkonzept grundsätzlich beibehalten wird. Aber wir dürfen nicht auf der Stelle treten. Wir müssen noch stärker diejenigen belohnen, die Abfall einsparen (Stichwort: Identsystem mit der Landkreis Kitzingen es geschafft hat, die Restmüllmenge um 20% zu senken) und wir müssen

durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit erreichen, dass weniger Restmüll in der Biotonne landet.

Ein weiterer Punkt: Wir sind stolz darauf, eine **Gesundheitsregion** zu sein; das bringt den Landkreis voran und es wäre auch schön, wenn wir im südlichen Landkreis eine ärztliche Bereitschaftspraxis haben. Viele Bürger und Politiker aus dem südlichen Landkreis engagieren sich hier sehr stark. Ganz wichtig wäre aber ein Schulterschluss mit dem KVB Kreisverband Miltenberg und Aschaffenburg, die das Vorhaben bisher ablehnen.

Noch in diesem Jahr verabschieden wir den **Nahverkehrsplan**, der von Herrn Betz zusammen mit den Gemeinden hervorragend vorbereitet wurde und viele Verbesserungen bringt, was ein **positiver Beitrag für den Klimaschutz** darstellt. Positiv ist auch, dass die **Westfrankenbahn den Zuschlag ab 2019** erhielt. Schon jetzt bemerken wir, dass viele Bahnhöfe im Landkreis barrierefrei werden. Damit können wir hoffen, bereits vor 2023 komplett barrierefreie Bahnhöfe zu haben.

Ich habe mit Ihnen begonnen Herr Krämer und ich ende auch mit Ihnen. Es können auch mal Wolken am Finanzhimmel des Landkreise kommen, aber:

Große Probleme sollte man in Angriff nehmen, solange sie noch klein sind. Dann werden wir im Landkreis Miltenberg auch in Zukunft immer positive Akzente setzen.